

Helmut Berding

Judenpogrom in Deutschland: Die „Reichskristallnacht“ am 9. November 1938 *

In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 versetzten Telefonanrufe und Blitzfernschreiben die Gießener Führung der NSDAP, SA und Sicherheitspolizei in Alarm. Wenige Stunden später überschlugen sich die Ereignisse. Gegen 10 Uhr sah man SA-Leute in Zivilkleidung aufgeregt umhereilen, kurz darauf schlugen Flammen aus den Synagogen in der Südanlage (damals Hindenburgwall) und in der Steinstraße. Die herbeiströmende Menschenmenge, darunter zahlreiche Kinder aus den benachbarten Schulen, sah dem schrecklichen Schauspiel zu. Niemand unternahm etwas, um den Brand einzudämmen – auch nicht die Feuerwehr. Sie beschränkte sich darauf, die angrenzenden Gebäude vor dem Übergreifen der Flammen zu schützen. Die Akteure, ihre Helfer, Sympathisanten und Schaulustige zogen im Laufe des Vormittags von den brennenden Synagogen in die Innenstadt, wo unter anderem auf dem Seltersweg, am Kirchplatz und in der Neustadt Schaufensterscheiben zertrümmert, Geschäfte demoliert, Wohnungen verwüstet und jüdische Bürger drangsaliert wurden. Gleichzeitig ging der Sicherheitsdienst auf seine Weise ans Werk, verhaftete möglichst unauffällig eine größere Zahl jüdischer Bürger und verschleppte sie ins Konzentrationslager Buchenwald.

Mit dem Ausbruch des organisierten Judenhasses am 10. November 1938 erreich-

ten die Judenverfolgungen in Gießen einen neuen Höhepunkt. Begonnen hatte der Leidensweg schon unmittelbar nach der nationalsozialistischen Machtübernahme. Jüdische Rechtsanwälte, Richter und Ärzte mußten ihren Beruf aufgeben, Professoren und Dozenten wurden aus der Universität entfernt, Lehrer durften nicht mehr unterrichten, Verwaltungsbeamte und Angestellte verloren ihre Stellen im öffentlichen Dienst. Auch die jüdischen Geschäftsleute gerieten zunehmend in Schwierigkeiten. Die Behörden entzogen ihnen die Aufträge, und die Kunden blieben aus. Den Auftakt zu dieser Verdrängung aus dem Wirtschaftsleben gab der Judenboykott vom 1. April 1933. Er war die erste reichsweit organisierte antijüdische Maßnahme der neuen Machthaber. Über das Geschehen in der Lahnstadt berichtete der *Gießener Anzeiger* am 2. April:

Gestern morgen pünktlich gegen 10 Uhr wurden die jüdischen Geschäfte ... mit einem bzw. zwei SA-Posten besetzt, die von den verschiedenen Standortlokalen aus nach den Geschäften beordert wurden. Eine große Menschenmenge verfolgte überall die Ereignisse mit starkem Interesse. Eine Reihe jüdischer Geschäftsinhaber hatte heute morgen nicht geöffnet. Bisher kam es zu keinen Zwischenfällen. Die Besetzung der Geschäfte mit SA-Posten vollzog sich in aller Ruhe. In den Straßen herrschte starker Publikumsverkehr.

Nach dieser spektakulären Aktion verbreitete die NS-Massenpropaganda mit monotoner Regelmäßigkeit den Boykottaufruf „Deutsche, kauft nicht bei Juden“. Hinzu traten die massiven Einschüchterungen, mit denen Parteigenossen und SA-Leute gezielt die Käufer vom Betreten

* Unveränderter Abdruck einer Rede, die bei der Gedenkstunde der Justus-Liebig-Universität Gießen und der Stadt Gießen am 9. November 1988 gehalten wurde.

jüdischer Läden oder Gaststätten abzuhalten versuchten, um die Juden aus der Wirtschaft zu vertreiben, war den Nationalsozialisten jedes Mittel recht. Scharfmacher, die oft nicht nur einem fanatischen Judenhaß anhängen, sondern zudem sich wirtschaftliche Vorteile verschaffen wollten, scheuten auch vor infamen Denunziationen nicht zurück. Hierauf hatte sich das berühmtberüchtigte NS-Kampfbblatt **Der Stürmer** spezialisiert. Unter der Rubrik *Kleine Nachrichten. Was das Volk nicht verstehen kann* veröffentlichte dieses widerliche Hetzorgan des fränkischen Gauleiters Julius Streicher regelmäßig sogenannte Leserbriefe. An der Lektüre fand nicht nur Hitler besonderen Gefallen. Auch die SA und später die Gestapo verfolgte die Anzeigen sehr genau. Von dieser ebenso schäbigen wie wirkungsvollen Praxis der Anschwärmungen blieben Juden der Stadt Gießen nicht verschont. Im Januar 1937 druckte der *Stürmer* einen Leserbrief ab, den die Viehverwertungsgenossenschaft aus Butzbach eingesandt hatte:

Lieber Stürmer! In Gießen an der Lahn findet alle 14 Tage ein Viehmarkt statt. Wenn man dort hinkommt, glaubt man nach Palästina versetzt zu sein. Eine ganze Anzahl von jüdischen Viehhändlern treibt sich dort herum. Ferner sieht man viele Judengenossen, die mit den Fremdrassigen Geschäfte machen. Lieber Stürmer! Beim nächsten Viehmarkt in Gießen werde ich mit noch zwei anderen Parteigenossen fotografische Aufnahmen machen. Es ist wirklich lohnend, die Gestalten der Gießener Viehjuden im Bilde festzuhalten. Darüber hinaus wird es interessant sein, die Gesichter jener Judengenossen kennenzulernen, die auch heute noch des Mammons wegen ihr Volk und ihre Rasse verraten.

Der Leserbrief verfehlte auch in diesem Fall seine Wirkung nicht. Um von Gießen den geschäftsschädigenden Ruf abzuwenden, eine „judenfreundliche“ Stadt zu sein, veranlaßte der Oberbürgermeister eine Reihe von administrativen Maßnahmen. Sie entbehrten zwar der Rechtsgrundlage, stießen sogar im Reichswirtschaftsministerium auf Bedenken, bereite-

ten aber dem jüdischen Viehhandel in Gießen ein Ende, längst bevor im Jahre 1938 das antisemitische Reichssonderrecht Juden aus allen Erwerbszweigen vertrieb.

Die Isolation, in die Juden durch permanente Hetze, Drohungen und Denunziationen nach *Stürmer*-Manier gerieten, erstreckte sich auf alle Bereiche des Zusammenlebens. Schon im Kindesalter bekamen Juden zu spüren, daß sie auf der Straße von ihren bisherigen Spielkameraden und in der Schule von ihren früheren Klassenfreunden gemieden und mißachtet wurden. Die reiche Memoirenliteratur enthält erschütternde Kindheitserinnerungen von Juden auch aus Gießen. Seit dem 30. Januar 1933 brach, oft schlagartig, mancher erwachsene Gießener die Kontakte mit seinen jüdischen Mitbürgern ab, mit denen er bisher als Hausbewohner, Nachbar, Arbeitskollege oder Vereinsbruder ganz normale Beziehungen unterhalten hatte. Es war gewiß nicht opportun und seit den Nürnberger Rassegesetzen vom September 1935 auch nicht ganz ungefährlich, als „Staatsangehöriger deutschen oder artverwandten Blutes“ mit Juden Umgang zu pflegen.

Während sich die Bevölkerung im privaten und gesellschaftlichen Verkehr von den jüdischen Menschen abwandte, engen Gesetze, Erlasse und Verordnungen den Lebensspielraum der Juden auch rechtlich immer mehr ein. Zwar gingen die grundsätzlichen Entscheidungen von der obersten Partei- und Staatsführung aus, aber auch untere Instanzen gaben dem Prozeß der Ghettoisierung immer neue Impulse. Gauleiter, Kreisleiter und Ortsgruppenleiter der NSDAP sowie die entsprechenden Stellen der öffentlichen Hand ergriffen von sich aus vielfältige Initiativen. Auf dem Gebiet der Judenpolitik entstand eine Art Wettstreit. Viele Nationalsozialisten, die fanatisch verbohrt waren oder Karriere machen wollten, eil-

ten geflissentlich dem ständig beschworenen „Führerwillen“ voraus. Gießen wurde seinem Ruf als stramm nationalsozialistische Stadt durchaus gerecht. Wie andernorts ergriffen hier Partei und Kommune eigenständige Maßnahmen, um die Juden aus der deutschen Volksgemeinschaft auszuschließen. Zum Beispiel stellten die Gießener Schwimmbäder Schilder auf mit der Aufschrift: *Juden unerwünscht*. Im Sommer 1935 schlug man eine schärfere Gangart ein und ersetzte die alten durch neue Hinweistafeln: Nun hieß es: *Für Juden verboten!* Privatpersonen und Geschäftsleute taten es den Partei- und Staatsorganen gleich. Eine ehemalige Gießener Jüdin erinnert sich daran, daß in ihrer Heimatstadt die meisten Geschäfte 1938 ein Schild *Juden unerwünscht* an der Türe hatten.

Es kann nicht verwundern, daß bis zum 10. November 1938 von den fast 900 Juden, die zu Beginn der NS-Gewaltherrschaft in Gießen wohnten, über 500 ihre Heimatstadt bereits verlassen hatten. Sie wollten nicht unter einem Regime leben, das mit Unterstützung eines erheblichen Teils der Bevölkerung systematisch ihre materielle Lebensgrundlage aushöhlte, sie ständig anfeindete, schikanierte und demütigte. Doch viele Juden harrten aus und versuchten, irgendwie mit der neuen Lage fertig zu werden. Für eine Auswanderung fehlten ihnen oft die Mittel oder der begehrte Stempel eines Aufnahmelandes. Manche Juden fühlten sich durch Besitz und Familie gebunden oder wollten ihres Alters wegen die Heimat nicht mehr aufgeben. Eine frühere jüdische Schülerin aus Gießen, die heute in Israel lebt, schrieb rückblickend:

Als bei meinen Eltern die ersten Gedanken an eine eventuelle Auswanderung begannen, wollten sie in ein anderes europäisches Land oder nach Amerika, da sie sich für zu alt hielten, hier in Palästina ohne Sprachkenntnisse bei dem heißen Klima eine neue Karriere zu gründen. Außerdem war mein Großvater

vom Seltersweg 80 Jahre alt und wollte nicht mehr weg. Die Kristallnacht brachte eine vollkommene Wendung mit sich. Alle Männer nahm man ins Konzentrationslager, manche blieben bis 6 Wochen. Es war schwer zu fassen, daß man die Synagogen, die der Treffpunkt der jüdischen Familien in Gießen an Samstagen und Feiertagen waren, verbrannt hatte, wobei unser ehemaliger Nachbar, Herr Hermann Hammerschlag, der zufällig am Platz war, ums Leben kam. Danach ging man nur aus, wenn es unbedingt nötig war, und wer nur konnte, versuchte alles zu einer schnellen Auswanderung zu tun, egal wohin.

Schutz und Hilfe konnte die jüdische Minderheit seit dem Novemberpogrom in der Tat nicht mehr erwarten. Ende 1938 stand das NS-Regime auf dem Höhepunkt seines Erfolgs, nachdem es mit dem Anschluß Österreichs und der Eingliederung des Sudetenlandes spektakuläre außenpolitische Erfolge errungen sowie gleichzeitig die prominenten Vertreter der deutschnationalen Elite wie zum Beispiel Hjalmar Schacht und Werner von Blomberg aus den zivilen und militärischen Führungspositionen verdrängt hatte. In dieser Situation fand sich kaum noch jemand bereit, den bedrängten Juden beizustehen. Besonders bedrohlich war es, daß die kommunalen Behörden und staatlichen Organe ihre Schutzfunktionen nicht mehr erfüllten. Sie waren durch einen längeren Prozeß der Gleichschaltung in gefügige Vollzugsorgane des nationalsozialistischen Verbrecherregimes verwandelt worden. Gießen machte da keine Ausnahme. Dem Verbrecherregime unterworfen hatte sich erstens die Polizei. Sie schützte am 10. November 1938 die verfolgten Bürger nicht, sondern verhaftete sie und ließ die Täter ungehindert ihr Zerstörungswerk verrichten. Da war zweitens die Feuerwehr. Sie rückte zwar an, unterwarf sich aber den Weisungen der SA und überließ die Synagogen den Flammen. Zu erwähnen sind drittens die Stadtbehörden. Im Einverständnis mit dem damaligen Gießener Oberbürgermeister organisierte das hiesige Bauamt die Sperrung der Synago-

gen und die Schuttabräumung. Die Kosten für den Abbruch bürdete die Stadt Gießen den beiden israelitischen Religionsgemeinschaften auf. Zum Handlanger erniedrigt wurde viertens die Staatsanwaltschaft. Sie verzichtete, geheimen Weisungen aus Berlin folgend, auf die Einleitung von Ermittlungsverfahren. Schwerverbrechen wie Mord und Totschlag, Körperverletzung und Freiheitsberaubung, Brandstiftung und Plünderung fanden also keinen Kläger mehr. Die Täter, dem Hörensagen nach lokale Parteigenossen und SA-Leute, typische „Biedermänner als Brandstifter“, blieben ungeschoren. Bis 1945 schützte sie das nationalsozialistische Regime, das am 9. November 1938 nicht einmal mehr den Schein der Legalität wahrte und damit den Rechtsstaat endgültig aus den Angeln hob. Nach dem Krieg war es die Mauer des Schweigens, die den Novemberpogrom umgab. Versagt haben fünftens auch die Kirchen, die überwacht, bedrängt und angepaßt, sich nicht zu einem wirkungsvollen öffentlichen Protest gegen das grauenvolle Geschehen aufzuschwingen vermochten. Schließlich kann sechstens die Gießener Bevölkerung von einer moralischen Mitschuld nicht freigesprochen werden. Die große Mehrheit sah tatenlos zu, wie jüdische Mitmenschen mißhandelt und verhaftet, ihre Gotteshäuser in Brand gesetzt, Geschäfte demoliert und Wohnungen verwüstet wurden. Man wird dieses Verhalten wohl auf eine Mischung von abgestumpfter Teilnahmslosigkeit, politischer Einschüchterung und antisemitischen Einstellungen zurückführen können. Ohne die Passivität der Bevölkerung hätten die NS-Parteigenossen und SA-Leute ihr Unwesen nicht treiben können. Die Bevölkerung der Stadt ließ es geschehen, daß die lokale Presse sie als den eigentlichen Urheber und Träger des Pogroms hinstellte. Nach der von Goebbels ausgegebenen

Sprachregelung führte am 11. November 1938 die *Oberhessische Tageszeitung* die Judenverfolgung auf den „berechtigten Zorn der Volksgenossen“ zurück. Und der *Gießener Anzeiger* sprach fast gleichlautend von der „berechtigten Entrüstung unserer Volksgenossen“. Man weiß nicht, mit welchen Empfindungen die so beschuldigten Gießener an diesem Tage die Zeitungen lasen. In anderen Städten und Regionen soll Gestapo-Berichten zufolge das Novemberpogrom in der Bevölkerung eher auf Ablehnung gestoßen sein. Sehr präzise läßt sich die in der geschichtswissenschaftlichen Forschung umstrittene Frage nach der Einstellung der Bevölkerung nicht beantworten. Einige Publizisten, die in diesen Tagen zum Novemberpogrom vor fünfzig Jahren eindrucksvoll Stellung bezogen haben, beurteilen die Haltung der Bevölkerung allzu günstig. Fest steht: Bei den letzten freien Reichstagswahlen 1932 gab jeder dritte Deutsche und fast jeder zweite Gießener seine Stimme einer Partei, die völlig ohne Zweifel und für jedermann deutlich erkennbar ihrem ganzen Wesen nach durch und durch antisemitisch war. Sechs Jahre später beim Novemberpogrom von 1938 ließ es die deutsche Bevölkerung und die der Stadt Gießen schweigend geschehen, daß ihre jüdischen Mitmenschen beraubt, gequält, verhaftet und verjagt wurden. Ähnlich wie in Gießen lief die Inszenierung des Pogroms und die Regie der öffentlichen Meinung in fast allen deutschen Städten ab. Es handelte sich also um eine zentral gesteuerte Aktion. Die unmittelbare Vorgeschichte begann am 15. Oktober 1938. An diesem Tag erging eine polnische Verordnung, die eine Überprüfung aller Pässe der Auslandspolen vorsah. Personaldokumente, die im Ausland ausgestellt worden waren, sollten nur noch mit einem besonderen Prüfvermerk polnischer Konsulate zur Einreise nach Polen

berechtigten. Davon betroffen waren auch die rund 50 000 polnischen Juden, die zum größten Teil schon seit Jahrzehnten im Deutschen Reich lebten. Vor allem im Ersten Weltkrieg, als die Rüstungsindustrie Arbeitskräfte benötigte, hatte man sie hierher geholt. Nach den Ankündigungen aus Warschau drohte ihnen mit Wirkung vom 30. Oktober 1938 die Ausbürgerung. Von diesem Datum an hätte die Reichsregierung die hierzulande besonders verhaßten Ostjuden nicht mehr nach Polen abschieben können. Diese Entscheidung wollte das NS-Regime unter keinen Umständen akzeptieren. Die deutsche kam der polnischen Regierung zuvor und beschloß ihrerseits, sich von den, wie es hieß, „rassisch unerwünschten Elementen“ zu trennen.

Am 26. Oktober übergab das Auswärtige Amt in Berlin die Angelegenheit der Gestapo. Der Reichsführer SS Heinrich Himmler und der Chef des Sicherheitsdienstes Reinhard Heydrich, die damals innerhalb des NS-Herrschaftsgefüges ihre Machtstellung ausbauten und sich immer stärker in die Judenpolitik einschalteten, gingen unverzüglich mit aller Brutalität ans Werk. Sie verhafteten in einer Nacht- und-Nebel-Aktion 18 000 Juden polnischer Staatsangehörigkeit, brachten sie zu Sammelpunkten, verladen sie in Eisenbahnwagen und schafften sie am 28./29. Oktober wie eine Herde Vieh gewaltsam über die Grenze, obwohl die polnische Regierung die Aufnahme verweigert hatte. So irrten die zwangsausgewiesenen jüdischen Familien im deutsch-polnischen Niemandsland zwischen Neu-Bentschen und Zbaszny in Regen und Kälte umher, bis jüdische Hilfsorganisationen ihnen Notunterkünfte und Lebensmittel verschafften.

Zu den Vertriebenen gehörte auch die Familie Grünspan, die seit 27 Jahren ihren festen Wohnsitz in Hannover hatte. Der

siebzehnjährige Herschel Grünspan erfuhr in Paris von der Vertreibung seiner Eltern und Geschwister, besorgte sich einen Revolver, gab am Morgen des 7. November 1938 im Gebäude der deutschen Botschaft auf den Legationssekretär Ernst vom Rath Schüsse ab und verletzte ihn schwer. Mit diesem Attentat wollte er – alle anderen Interpretationen sind pure Legende – auf die Not der abgeschobenen Juden aufmerksam machen, nachdem weder in der deutschen Öffentlichkeit noch im Ausland das brutale Vorgehen der SS wirkungsvolle Proteste erregt hatte. Reichspropagandaminister Goebbels reagierte sofort auf den Anschlag, der ihm sehr gelegen kam, und startete eine großangelegte Hetzkampagne. Am 8. November schrieb der *Völkische Beobachter*, das Zentralorgan der NSDAP:

Es ist klar, daß das deutsche Volk aus dieser neuen Tat seine Folgerungen ziehen wird. Es ist ein unmöglicher Zustand, daß in unseren Grenzen Hunderttausende von Juden noch ganze Ladenstraßen beherrschen, Vergnügungsstätten bevölkern und als „ausländische“ Hausbesitzer das Geld deutscher Mieter einstecken, während ihre Rassegenossen draußen zum Krieg gegen Deutschland auffordern und deutsche Beamte niederschießen.

In der NSDAP und besonders in der SA rief die antisemitische Propaganda der NS-Presse sogleich Pogromstimmung hervor. Bereits vor Beginn der Hetzkampagne am 7. November hatten SA-Trupps in Kassel die Synagoge demoliert und jüdische Geschäfte zertrümmert. Am 8. November griffen die Ausschreitungen auf eine ganze Reihe von Orten in Nord- und Mittelhessen über. Ähnliches ereignete sich in der Provinz Sachsen und in Anhalt. Man erkennt an diesen antijüdischen Aktivitäten, die nach allem, was wir wissen, nicht von der obersten Partei- und Staatsführung befohlen worden waren, welch mächtiges antisemitisches Potential in den regionalen und örtlichen Organisationen

der NSDAP und ihrer Gliederungen zur Verfügung stand. Doch für eine reichsweite Aktion fehlte noch das Signal von oben. Es kam in der Pogromnacht des 9. November aus München. Dort hielt sich zur Erinnerung an den Putschversuch von 1923 die Alte Garde der Partei auf. Die Meldung, daß Ernst vom Rath seinen Verletzungen erlegen war, erreichte Hitler gegen 21 Uhr auf einem Kameradschaftsabend im Alten Rathaus. Nach einem kurzen Gespräch unter vier Augen mit Goebbels verließ Hitler die Versammlung, und unmittelbar darauf hielt der Reichspropagandaleiter vor den anwesenden NSDAP- und SA-Führern eine flammende Rede, in der er die Erwartung äußerte, daß es nach den Ereignissen in Kurhessen, Sachsen und Anhalt nun zu weiteren Ausbrüchen des „Volkszorns“ kommen werde. Die Zuhörer eilten unverzüglich zu den Telefonen. Stunden später setzte gegen die jüdische Bevölkerung ein Morden, Brennen und Verwüsten ein, wie es seit der Aufklärung nicht mehr für möglich gehalten worden war. Der antijüdische Terror der Nationalsozialisten überbot alles, was in Mitteleuropa seit Jahrhunderten geschehen war.

Der Ausdruck „Reichskristallnacht“, den vermutlich der Berliner Volksmund geprägt und der sich auch in der Wissenschaftssprache international eingebürgert hat, stellt eine völlige Verharmlosung des Verbrechens dar. Zwar gingen Schaufensterscheiben im Wert von 6 Millionen Reichsmark zu Bruch – dies entsprach der halben Jahresproduktion der belgischen Glasindustrie –, aber das zertrümmerte „Kristall“ machte vergleichsweise noch den geringsten Schaden aus. In nüchternen Zahlen ausgedrückt forderte das barbarische Treiben am 9. und 10. November mindestens 91 Tote. Weitere Hunderte jüdischer Bürger kamen nach der Einlieferung ins Konzentrationslager ums Leben.

36 Juden wurden schwerverletzt, zahlreiche Jüdinnen vergewaltigt. 267 Synagogen brannten nieder. Fast alle jüdischen Friedhöfe wurden geschändet. Unersetzbare Kultgegenstände und Kunstschätze gingen verloren. 7500 zerstörte und geplünderte Geschäfte sowie 177 demolierte Wohnungen fielen der nationalsozialistischen Raserei zum Opfer. Schließlich verhaftete die Gestapo während der „Reichskristallnacht“ oder in den Tagen danach mehr als 30000 Juden und verschleppte sie in die Konzentrationslager Buchenwald, Dachau und Sachsenhausen.

Was sich hinter diesen Ziffern an Grausamkeiten und Leiden verbirgt, ist unermesslich. Doch erschöpft sich in alledem noch nicht die historische Bedeutung, die wir heute, fünfzig Jahre danach, der „Reichskristallnacht“ zu Recht beimessen. Sie stellte den Wendepunkt einer Entwicklung dar, die vom Aufstieg der NSDAP zur größten Massenpartei in der Weimarer Republik über die nationalsozialistische Machtübernahme am 30. Januar 1933 bis hin zum welthistorisch einzigartigen NS-Völkermord an den europäischen Juden im Zweiten Weltkrieg führte. Bei diesem Vorgang handelte es sich nicht nur um einen vorübergehenden Rückfall in längst vergangene Zeiten der Judenfeindschaft und -verfolgung, sondern, nach einer treffenden Formulierung des Berliner Historikers Reinhard Rürup,

um etwas grundsätzlich Neues: die radikale Abkehr von den Prinzipien der Emanzipation, Integration und der Assimilation, die seit dem späten achtzehnten Jahrhundert das Zusammenleben von Juden und Nichtjuden in Europa bestimmt hatten.

Es stellt sich die Frage, wie man diese Umkehr des Emanzipationsprozesses begreifen und von daher die „Reichskristallnacht“ in einen größeren historischen Zusammenhang einordnen kann. Ich möchte drei, wie mir scheint besonders wichtige Gesichtspunkte herausstellen.

Erstens gilt es, sich den rassenideologischen Charakter des modernen Antisemitismus vor Augen zu führen. Der Rassenantisemitismus bildete sich im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts heraus. Er speiste sich aus einer historisch-geisteswissenschaftlichen und einer biologisch-naturwissenschaftlichen Quelle. Der Franzose Arthur de Gobineau und der Engländer Charles Darwin gaben den beiden Theoriesträngen, der sogenannten gobinistischen und der sozialdarwinistischen Richtung, ihren Namen. Auf dieser Grundlage entstanden synkretistische Rassenideologien, die im Wilhelminischen Deutschland besonders zahlreiche und skurrile Blüten hervortrieben. Man denke nur an den Bestseller „Die Grundlagen des 19. Jahrhunderts“ aus der Feder des Wahldeutschen Houston Stewart Chamberlain. Eine politisch herausragende Bedeutung erlangte der völkische Antisemitismus der Alldutschen Bewegung. In ihm verbanden sich traditionelle antijüdische Vorurteile mit rassenideologischen Vorstellungen sowie romantischer Germanenkult und deutschnationales Weltmachtstreben zu einer manichäischen Weltanschauung von einer beachtlichen intellektuellen Primitivität. Sie stellte der edlen arischen Herrenrasse das satanische Weltjudentum gegenüber. Nach diesem simplen Schema von gut und böse führte der völkische Antisemitismus sowohl den Verlauf der abendländischen Geschichte als auch die zeitgenössischen wirtschaftlichen, sozialen, politischen und geistigen Auseinandersetzungen auf den germanisch-jüdischen Rassenantagonismus zurück.

Zu den zahlreichen deutschvölkischen Gruppierungen, die nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg wie Pilze aus der Erde schossen, gehörte auch die NSDAP. Ihr Führer Adolf Hitler war zeitlebens von einem grenzenlosen pathologischen Juden-

haß besessen, der sein gesamtes politisches Handeln und Denken bestimmte. Schon das erste politische Schriftstück seines Lebens enthielt eine programmatische Kampfansage an das Judentum. Hitler erklärte „die Entfernung der Juden überhaupt“ zum unverrückbaren Ziel des Antisemitismus. Von dieser Wahnidee blieb er bis an das Ende seiner Tage durchdrungen. Stunden vor seinem Selbstmord im Führerbunker der Reichskanzlei legte Hitler noch einmal Zeugnis ab von den Haßkomplexen und Wahnvorstellungen, mit denen er aus dem Leben schied. Der letzte von ihm überlieferte Satz aus dem politischen Testament lautete:

Vor allem verpflichte ich die Führung der Nation und die Gefolgschaft zur peinlichen Einhaltung der Rassegetze und zum unbarmherzigen Widerstand gegen den Weltvergifter aller Völker, das internationale Judentum.

Zweitens wohnte dem vom Rassenantisemitismus durchdringenden Nationalsozialismus eine einzigartige Dynamik inne. Die nationalsozialistische Bewegung unterschied sich von allen anderen vaterländisch-nationalistischen und völkisch-antisemitischen Gruppierungen ihrer Zeit weniger durch ihre ideologische Ausrichtung als vielmehr durch die erstaunliche Fähigkeit, Instinkte, Bedürfnisse, Vorstellungen, Sehnsüchte und Hoffnungen breiter Bevölkerungskreise anzusprechen und Emotionen zu entfesseln. Diese dynamische Kraft hatte ihren Ursprung im Führer-Mythos, den die NS-Propaganda seit der frühen „Kampfzeit“ systematisch aufgebaut hatte. Unbändige Willensstärke, heroische Entschlußkraft und prophetische Geistesgaben stellten im Hitler-Bild die Hauptcharaktereigenschaften einer messianischen Führerfigur dar, in der sich die tief in den Mentalitäten verwurzelte Sehnsucht vieler Deutscher nach einem Führer und Retter erfüllte. In wachsender Zahl, die 1930 sprunghaft zunahm, such-

ten die orientierungslosen Bürger der krisengeschüttelten Weimarer Republik ihr Heil im Nationalsozialismus. Sie schworen dem charismatischen „Führer“ der Bewegung Treue und leisteten ihm bedingungslos Gefolgschaft nach der Parole „Führer befehl, wir folgen dir!“

Der Führer-Mythos, in dessen Bann wie Goethes Zauberlehrling ihre Urheber selber gerieten, verschaffte Hitler die uneingeschränkte Verfügungsgewalt über die NSDAP und ihre Gliederungen. Im gesamten Organisationsgefüge herrschte das Führerprinzip vor. Das heißt, die Beziehungen zwischen Hitler und seinen Unterführern hingen von persönlichen Bindungen ab. Unbedingte Treue und absoluter Gehorsam kennzeichneten das Führer-Gefolgschafts-Verhältnis des Nationalsozialismus. Unter der obersten Führung Hitlers verfügten die einzelnen Gauleiter, Reichsführer und Organisationsleiter über weite Handlungsspielräume. Die gebündelte Eigeninitiative der Unterführer stellte einen der mächtigsten dynamischen Faktoren der gesamten NS-Bewegung dar. Auch der Antisemitismus – nach den Worten eines prominenten Parteiführers „gewissermaßen der gefühlsmäßige Unterbau unserer Bewegung“ – erhielt aus der Partei heraus entscheidende Impulse. Hitler brauchte ihn der NSDAP nicht erst aufzuzwingen. Das inkohärente Organisationssystem der NS-Bewegung ließ schon vor 1933 den antisemitischen Antriebskräften von unten freien Lauf.

Drittens bedeutete die Übertragung der Macht an die Hitler-Bewegung eine Weichenstellung von katastrophaler Tragweite. Die Wähler, die der NSDAP ihre Stimme gaben, und die Politiker, die diese Massenpartei vor ihren politischen Karren spannen wollten, tragen hierfür Mitverantwortung. Vom 30. Januar 1933 an setzte ein Prozeß der Enteignung und Entrechtung, der Auswanderung und Vertrei-

bung ein, der in einem atemberaubenden Tempo voranschritt. Die Entwicklung ging schon in den ersten Jahren weit über alles hinaus, was selbst die größten Pessimisten vor 1933 für möglich gehalten hätten. Zwar besaß die NS-Führungsspitze beim Antritt der Herrschaft ebensowenig wie vorher eine klare Vorstellung darüber, in welcher Reihenfolge welche Maßnahmen ergriffen werden sollten. Einen konkreten Fahrplan, der die Route und die einzelnen Stationen festgelegt hätte, gab es nicht. Aber grundsätzlich ließen die Nationalsozialisten nie einen Zweifel daran, daß die Juden, die sie in der brutalen Sprache der Parasitologie „Schädlinge des deutschen Volkes“ nannten, auf das kulturelle, politische und wirtschaftliche Leben in Deutschland keinen Einfluß mehr haben dürften. Sie sollten nach den Worten Hitlers aus dem Reich „entfernt“ werden. Niemand wußte genau, was damit gemeint war.

Da einerseits ein konkretes politisches Endziel der NS-Judenpolitik nicht genannt werden konnte, andererseits jedoch die metapolitische absolute Feindbestimmung unverrückbar feststand, konnte bei der Verfolgung der jüdischen Minderheit die eigentümliche Struktur der Hitler-Diktatur greifen. Diese wird von den Historikern heute nicht mehr als monolithischer Block aufgefaßt, sondern als polykratisches Herrschaftssystem begriffen. Ihm mangelte es einmal an einer konkretzielgerichteten, einheitlich aufgebauten und planmäßig handelnden Partei- wie Staatsführung. Zum anderen gab es in diesem polykratischen Herrschaftssystem keine eindeutige Abgrenzung der Zuständigkeiten. Gerade in der Judenfrage bestand ein kaum mehr überschaubarer Kompetenzwirrwarr. Einzelne NS-Größen, die miteinander um die Gunst des Führers rivalisierten, führten auf eigene Faust judenpolitische Maßnahmen durch.

Daneben ergriffen NSDAP-Ämter und Parteigliederungen, Reichsministerien und Länder, Landräte und Bürgermeister eigene Initiativen. Von Anfang an wechselten also auf allen Ebenen von der Reichszentrale bis hinunter zum lokalen Bereich Terror- und Propagandaaktionen der Partei und administrativ-gesetzliche Maßnahmen des Staates einander ab. Damit setzte ein Prozeß ständig zunehmender Radikalisierung ein, den Hitler in bestimmten Entscheidungssituationen stets zu Gunsten einer weiteren Beschleunigung koordinierte. Die Polykratie, die diese Entwicklung hervortrieb, stellte in der NS-Diktatur des „Dritten Reiches“ ein genauso dynamisches Element dar wie das „Führerprinzip“ in der NS-Bewegung vor 1933. Im einzelnen hing viel von der jeweiligen Situation und vom Zufall ab. Doch die Richtung war immer dieselbe. Zu keinem Zeitpunkt zeichnete sich in der NS-Judenpolitik eine Umkehr ab. Bestenfalls kam es wie im Olympia-Jahr 1936 zu einer taktisch bedingten und heuchlerischen Ruhepause. Nach der „Reichskristallnacht“ konnte es nicht einmal sie mehr geben. Die Zuspitzung des antijüdischen Terrors ließ keine andere Perspektive mehr zu als Auswanderung oder Tod. Mit der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges traten der nationalsozialistische Kampf um „Lebensraum“ und gleichzeitig der Vernichtungskrieg gegen die jüdische „Rasse“ in ihre letzte Phase ein. Schon 1939 bei der Eroberung polnischer Gebiete gerieten Millionen jüdischer Menschen in den Zugriff der vom Rassenwahn besessenen nationalsozialistischen Machthaber und ihrer zivilen wie militärischen Vollzugsorgane. Die grausame Brutalität, mit der die Eroberer die jüdische und auch die polnische Bevölkerung be-

handelten, stellte alles, was den Juden in Deutschland bisher an Entsetzlichem geschehen war, noch bei weitem in den Schatten. Mit einer Menschenverachtung ohnegleichen wurden die polnischen Juden gedemütigt, gepeinigt, getötet, vertrieben und in gewaltigen Ghettos zusammengepfercht. Nach dem Überfall auf die Sowjetunion nahm das mörderische Treiben noch schrecklichere Ausmaße an. Die Massenerschießungen der Einsatzgruppen mündeten in den industriell betriebenen millionenfachen Völkermord ein. Alle Juden, die in Frankreich und den Beneluxstaaten, in Skandinavien, auf dem Balkan und in Italien unter nationalsozialistischer Herrschaft gerieten, riß der Strudel des Wahnsinns und Verbrechens mit sich fort. Auch die Juden im Altreich entkamen dem Inferno nicht. Sie wurden, wie die jüdischen Mitbürger Gießens, verhaftet, deportiert, konzentriert und ermordet.

Die grauenhafte Unmenschlichkeit übersteigt die Vorstellungs- und Darstellungskraft des Historikers. Es bleibt zudem fast unbegreiflich, wie sich, nach den Worten des israelischen Geschichtswissenschaftlers Saul Friedländer, „messianischer Fanatismus und bürokratische Strukturen, pathologische Handlungsantriebe und administrative Erlasse“ miteinander verbinden und wie „archaische Denkweisen in einer hochentwickelten Gesellschaft“ die Oberhand gewinnen konnten.

Der notwendigen Erinnerung hieran können wir nicht entfliehen. Wir alle sind von den Folgen unserer Vergangenheit betroffen, müssen sie annehmen und mit ihr leben. Nur dann läßt sich ein neues Kapitel in unserer Geschichtserinnerung aufschlagen.